

Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

Oktober 2018

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

die Landtagswahl in Bayern ist vorbei. Die CSU verlor, genau wie die SPD rund 10 Prozentpunkte, bleibt aber auch im neuen Landtag weiterhin mit Abstand stärkste Fraktion. Die Grünen waren die großen Gewinner. Das Fazit des Abends sprach die nicht wiedergewählte Landtagspräsidentin Barbara Stamm: „Ich habe das immer angemahnt, dass wir rechts gar nicht so viel gutmachen können, wie wir in der Mitte verlieren – und der heutige Abend zeigt das ja.“

Da nach der Landtagswahl in Bayern vor der wichtigen Landtagswahl in Hessen ist, möchte ich Sie um etwas bitten. Man mag im Detail nicht immer mit allen politischen Entscheidungen übereinstimmen, aber wir können froh sein, in einer Demokratie zu leben und die Politik selbst mitgestalten zu können. Wir alle tragen die Verantwortung für unsere Demokratie. Nicht zuletzt meine Reise nach Kambodscha, wo sich ein Regierungschef durch das Verbot der größten Oppositionspartei quasi selbst zum Regierungschef machte, hat mir den Wert der Demokratie und rechtsstaatlicher Verhältnisse noch einmal stark vergegenwärtigt. Machen Sie den 28. Oktober zum hessischen Tag der Demokratie und **GEHEN SIE BITTE WÄHLEN!**

In der Bundespolitik wurden in dieser Sitzungswoche weitere Weichen gestellt, um die Zukunft Deutschlands positiv zu gestalten. Wir haben im Bundestag beschlossen, dass gesetzlich Krankenversicherte um 8 Mrd. Euro jährlich entlastet werden. Zudem erhalten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die nun erfolgte Einführung einer Brückenteilzeit perspektivisch eine größere Arbeitszeitautonomie, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert. Ebenfalls wurde der Einsatz zur Bekämpfung des IS im Irak um ein weiteres



Jahr verlängert. Damit kommt Deutschland seinen internationalen Verpflichtungen als verlässlicher und geschätzter Bündnispartner nach.

Das auf europäischer Ebene alles dominierende Thema sind die derzeitigen Verhandlungen zum Brexit des Vereinigten Königreiches. Die Gespräche stocken, am Mittwoch und Donnerstag gab es einen Europäischen Rat. Zudem fand am Donnerstag und Freitag ebenfalls in Brüssel das Asia-Europe-Meeting (ASEM) statt. Das Wichtigste zu diesen Gipfeln erfahren Sie kompakt in diesem Brief aus Berlin.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre!

Herzliche Grüße

Ihr

Markus Koob



Blick auf die aktuellen politischen Themen

Europäischer Rat & ASEM-Gipfel • Beitragssenkung in der GKV • IS-Mandat-Verlängerung •
Brückenteilzeit • Chopin-Gesellschaft Taunus e.V. in Berlin

Europäischer Rat/ASEM-Gipfel:

Brexit & asiatische Kooperation

Wieder einmal ein Europäischer Rat, wieder einmal die Themen Brexit, Migration und innere Sicherheit. Beim Thema Migration wurde sich auf die Diskussion des Sachstands beschränkt. Es wurde betont, dass sich die illegalen Grenzübertritte in die EU seit ihrem Höhepunkt im Oktober 2015 um 95 % verringert haben. Zweifellos ein Erfolg.

Beim Thema der inneren Sicherheit legte man den Schwerpunkt bewusst auf Cyberabwehr und die Stärkung europäischer Fähigkeiten in diesem Bereich, um Gefahren wie ausländische Desinformationskampagnen vor demokratischen Wahlen früh erkennen und abwehren zu können. Auf Grund der Wichtigkeit dieses Themas wird Cyberabwehr die EU auch in den kommenden Monaten oft begleiten. Wir müssen in Europa verhindern, dass das Internet zum Einfallstor autokratischer Diktaturen in unsere Gesellschaften wird. Als EU müssen wir nicht nur polizeilich bei Grenzkontrollen oder militärisch wehrhaft sein, sondern künftig auch noch mehr im Cyberraum.

Ein anderes zukunftsentscheidendes Thema für die EU ist der Brexit, dessen Verhandlungsergebnisse auf dem Europäischen Rat beraten werden sollten. Problem war nur, dass bis zum Rat keine Einigung zwischen Europäischer Union und dem Vereinigten Königreich bezüglich eines Grenzregimes zwischen Nordirland und Irland vorlag. Auch auf dem Europäischen Rat kam es zu keiner Einigung, weshalb nun der Brexit-Sonderrat im November abgesagt wurde. Das Vereinigte Königreich pocht darauf die

Europäische Zollunion mit Nordirland gemeinsam zu verlassen, um eigene Freihandelsabkommen schließen zu können, die EU besteht auf eine offene Grenze zwischen Nordirland und Irland, um das Karfreitagsabkommen zu sichern und den beendeten Nordirlandkonflikt nicht wieder aufflammen zu lassen. Ich habe durchaus Verständnis für beide Seiten.

Dennoch ist der vorübergehende Verbleib Nordirlands in der Zollunion keine Dauerlösung und bedarf einer dauerhaft nachhaltigen Regelung – und zwar schnell, wenn es kein Brexit ohne Abkommen werden soll. Ich appelliere an alle Beteiligten, zwar die Einheit der 4 Grundfreiheiten nicht zu opfern, aber im Sinne einer guten Nachbarschaft und engen Freundschaft an einem regelbasierten Ausscheiden Großbritanniens festzuhalten und eine flexible Lösung zu finden. Ein regelbasierter Brexit ist für alle Seiten die beste der vielen schlechten Lösungen.

Als Berichterstatter meiner Fraktion für die Staaten Südostasiens habe ich mich diese Woche vor allem für den ASEM-Gipfel, der unter dem Motto „Europa und Asien: globale Partner für globale Herausforderungen“ in Brüssel stattfand, interessiert. 20 asiatische treffen auf 31 europäische Staaten, um dort über gemeinsame Themen zu beraten, die sowohl in Asien als auch in Europa von Bedeutung sind. Die ASEM-Partner repräsentieren 55% des globalen Handels, 60% der Weltbevölkerung, 65% des globalen BIP und sogar 75% des globalen Tourismus.

ASEM-Gipfel stärken den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den beiden eng verwobenen Kontinenten. In diesem Jahr sprachen die Gipfelteilnehmer vor allem über die Themen Handel und In-

vestitionen, Konnektivität, nachhaltige Entwicklung und Klimawandel sowie über sicherheitspolitische Herausforderungen wie Terrorismus, Nichtverbreitung, Cybersicherheit und irreguläre Migration. Ein umfassendes Programm.

Über die etablierten Beziehungen mit China, Indien, Korea und Japan hinaus, ist es für Europa von unschätzbarem Wert auch mit den anderen asiatischen Ländern Asiens in einen vertieften Dialog zu treten: Indonesien, Vietnam, die Philippinen, Malaysia und viele mehr. Sie stehen unter chinesischem Druck und warten auf europäische Investitionen, um unabhängiger vom chinesischen Einfluss zu werden. Sie wollen unabhängiger werden, aber dafür brauchen sie Europa. Meine Gespräche mit den Botschafterinnen und Botschaftern der Region haben mir genau das verdeutlicht. Daher begrüße ich die Vertiefung des Austausches der beiden Regionen, zum Beispiel durch die am Rande des ASEM-Gipfels unterzeichneten bilateralen Abkommen, darunter Freihandels-, Investitionsschutz-, Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Singapur sowie eines Abkommens über Strafverfolgung, Staatsführung und Handel im Forstbereich mit Vietnam.

Nur wenn wir miteinander ins Gespräch treten, können wir gemeinsame globale Herausforderungen meistern und den Menschen in unseren Ländern bessere Lebensbedingungen bieten. Deshalb ist der ASEM-Gipfel von herausragender multilateraler Bedeutung für Europa und Asien. ■

2./3. Beratung:

Beitragsentlastung der Versicherten in der GKV

Zur Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer soll mit dem Versichertenentlastungsgesetz die Vorgabe aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt werden, dass die Arbeitgeber ab 2019 wieder hälftig den Zusatzbeitrag zur Gesetzlichen Krankenversicherung mittragen. Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten dadurch mehr netto vom brutto. Dadurch zahlen unter dem Strich Arbeitnehmer und Rentner monatlich bis zu 38 Euro weniger GKV-Beiträge.

Eine weitere Maßnahme kommt gesetzlich versicherten Kleinselbstständigen zugute, für die hohe Krankenkassenbeiträge oft eine Last sind. Darum wird ab 2019 den monatlichen Mindestbeitrag zur Krankenkasse auf nur noch 171 Euro halbiert. Das ermöglicht eine Entlastung von monatlich bis zu 180 Euro für diese Gruppe. Außerdem wird die soziale Absicherung von Soldaten auf Zeit verbessert.

Sie sollen sich nach Ende ihrer Dienstzeit in der gesetzlichen Krankenversicherung versichern können und übergangsweise einen Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen erhalten. Insgesamt werden die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler in Höhe von etwa 8 Milliarden Euro jährlich entlastet.



Verlängerung des Mandats:

Beteiligung deutscher Streitkräfte zur Bekämpfung des IS-Terrors im Irak

In namentlicher Abstimmung stimmten wir dem Antrag der Bundesregierung auf Mandatsverlängerung des Einsatzes deutscher Streitkräfte im Irak für ein Jahr bis zum 31.10.2019 zu. Die Bundeswehr soll sich auch weiterhin im Rahmen der internationalen Anti-IS-Koalition durch Luftaufklärung (Recce-Tornados in Jordanien), durch Luftbetankung (ebenfalls in Jordanien stationiert), durch Stabspersonal sowie durch AWACS-Luftraumkoordination beteiligen. Fortgesetzt wird ebenfalls die im Frühjahr dieses Jahres aufgenommene Ausbildungskomponente, welche die spezialisierte militärische Ausbildung der irakischen Streit- und Sicherheitskräfte im gesamten Land ermöglicht, beispielsweise bei der medizinischen Versorgung oder der Beseitigung von Minen und Kampfmitteln. Wir unterstützen somit auf Bitte und im Einvernehmen mit der irakischen Regierung die Stabilisierung des Landes sowie dessen militärischen Fähigkeitsaufbau und übernehmen im Rahmen unserer Bündnisverpflichtung weiterhin Verantwortung. Dabei bleibt unser Einsatz auf maximal 800 Soldaten begrenzt.

Der Irak ist und bleibt ein Schlüsselstaat zur Stabilisierung der gesamten Region des Nahen und Mittleren Ostens. Der bereits geleistete deutsche Beitrag hat wesentlich dazu beigetragen, den IS in der Fläche zu besiegen und erste Stabilisierungsfortschritte zu erzielen. Die weitgehend friedlich verlaufenen Wahlen sind ein erster Beleg. Allerdings werden wir unsere Bemühungen weiter fortsetzen müssen, um diese Erfolge nachhaltig auch zu sichern. Deshalb erfolgte nun die Verlängerung des Mandates. ■

2./3. Beratung:

Einführung einer Brückenteilzeit

Wir haben in zweiter und dritter Lesung die Einführung eines Anspruchs auf zeitlich begrenzte Teilzeitarbeit beschlos-

sen. Diese Brückenteilzeit ermöglicht es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, deren vertraglich vereinbarte Arbeitszeit für einen im Voraus festzulegenden Zeitraum von einem bis zu fünf Jahren verringern zu können, bevor im Anschluss wieder die ursprünglich vertraglich vereinbarte Arbeitszeit gilt. Voraussetzung dafür ist, dass der entsprechende Arbeitnehmer zuvor bereits mindestens sechs Monate bei seinem Arbeitgeber unter Vertrag stand und es sich um einen Arbeitgeber handelt, der in der Regel insgesamt mehr als 45 Personen beschäftigt. Für Unternehmen in der Größenordnung von 46 bis 200 Beschäftigten wurde eine Zumutbarkeitsgrenze eingeführt. Dieser neue Anspruch ist für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – ebenso wie der bereits bestehende Anspruch auf zeitlich nicht begrenzte Teilzeitarbeit – ist nicht an das Vorliegen bestimmter Gründe, wie die Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen, gebunden.

Ich begrüße die Verabschiedung des Gesetzes sehr. Es ist ein weiterer Baustein, um den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, ohne Angst vor der „Teilzeitfalle“ haben zu müssen. Es gibt Eltern und allen anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Autonomie im Berufsleben. ■

Hessische Landesvertretung Berlin:

Die Chopin-Gesellschaft Taunus e.V. lud zum Konzert

Die Chopin-Gesellschaft Taunus e.V. hat anlässlich des Todestages des Klaviervirtuosen Frédéric Chopins am 17. Oktober ein Gedenkkonzert zum 100. Jahrestag der Unabhängigkeit Polens in der Hessischen Landesvertretung in Berlin veranstaltet.

Der polnische Pianist Piotr Kościk (geb. 1987), mehrmaliger Preisträger internationaler Klavierwettbewerbe, trug unter anderem eine selten gespielte Ballade „Hommage à Chopin“ des polnisch-französischen Komponisten Szymon Laks vor. Dieser war ab dem Jahr 1942 Mitglied und Leiter des Männerorchesters im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau. Aus diesem Anlass hat auch der Musikwissenschaftler Frank Harders-Wuthenow, in dessen Forschungszentrum die Musik von Komponisten des 20. Jahrhunderts, die im Faschismus sowie Stalinismus unterdrückt und verfolgt wurden, steht, vorab einführende Worte gesprochen.

Ich danke der Chopin-Gesellschaft Taunus e.V. und im Besonderen ihrer Ehrenpräsidentin, Frau

Schwarz-Schiller, für deren unermüdliches Engagement einen solch stimmungsvollen Abend in Berlin möglich gemacht zu haben. Es war ein fantastischer Abend bei wohlklingender Musik. Sowohl der Todestag Chopins als auch der 100. Jahrestag der Unabhängigkeit Polens, einer unserer engsten europäischen Freunde und Verbündeten, boten einen ehrwürdigen Rahmen für dieses besondere Konzert. ■

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel 030/227-75549

markus.koob@bundestag.de

www.markus-koob.de

Meine Woche in Bildern



Oben: Gespräch mit der Geschäftsträgerin der Botschaft der Republik der Philippinen, Frau Lilibeth Pono

Unten: Gespräch mit einer indischen Parlamentarierdelegation des Auswärtigen Ausschusses des indischen Parlaments



Unten – Foto von Boris Trenkel: Pjotr Kościk, Roland Kölsch, Dr. Bernadette Droste, Ilse Schwarzschiller, Brigitte Kölsch, Frank Harders-Wuthenow, Rolf Kohlrausch, Markus Koob (v.l.n.r.)

